

AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.agsnrw.de

Ausgabe Januar 2008

seite 1

2
0
0
8

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser,

nicht zuletzt die Rede von Angela Merkel auf dem letzten Bundesparteitag der CDU in Hannover hat den Streit um die Deutungshoheit der „politischen Mitte“ in Deutschland neu entflammt. Lassen wir dazu einen Genossen zu Wort kommen, der sich im neuen Mitgliederportal unter www.meineSPD.net wie folgt geäußert hat:

”

Für alle da sein

Wir müssen immer wieder den Volkspartei Charakter der SPD deutlich machen. Entgegen aller Deutungsversuche in jüngster Vergangenheit nach dem Hamburger Parteitag muss unbestritten bleiben, dass die SPD für alle gesellschaftlichen Gruppen in der Bevölkerung da ist. Auch für diejenigen, die morgens aufstehen, ihre Kinder versorgen, zur Arbeit gehen und Steuern zahlen; diejenigen, die Leistung bringen, eine gute Ausbildung erreichen und sich ihr privates Glück auf einem gesicherten wirtschaftlichen Fundament selbst erarbeiten wollen. Für diejenigen, die die Solidarität mit den Randgruppen unserer Gesellschaft aus ihren Steuergeldern finanziert sehen. Auch für diejenigen, die keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, privat versorgen und ihr Einkommen als Beamte oder in Selbständigkeit erarbeiten – also für die so genannte „Mitte der Gesellschaft“, die zugleich die Mehrheit unserer Bevölkerung bildet.

“

In diesem Sinne wünsche ich Euch/Ihnen ein erfolgreiches Jahr 2008 – selbständig, verantwortlich und solidarisch!



Herzlichst,

Gerhard Teulings

Landesvorsitzender der AGSNRW



BUNDES-AGS VORBEREITUNG DER BUNDESKONFERENZ

Mit der Vorbereitung der AGS-Bundeskongress im April in Leipzig befasst sich der AGS-Landesvorstand auf seiner nächsten Sitzung am Dienstag, 12.02.08, 18:00 Uhr, auf Schloss Steinhausen in Witten.

AGS ENNEPE-RUHR GRÜNDUNGSVERANSTALTUNG

Im Anschluss an die Vorstandssitzung am 12.02.08 findet ab 20:00 Uhr die Gründung der AGS Ennepe-Ruhr statt (Schloss Steinhausen, Auf Steinhausen 30, 58452 Witten).

DIALOGMESSE „B2D RUHRGEBIET“ MITWIRKUNG DER AGSNRW AUCH FÜR 2008 BEREITS VEREINBART

Mit Ulf Hofes, dem Veranstalter der Dialogmesse „b2d“, wurde die erneute Teilnahme der AGSNRW im Jahr 2008 bereits vereinbart. Die „Ruhrgebiets“-Ausgabe der Messe findet wie im Vorjahr in der Arena auf Schalke statt, diesmal am 20. und 21. August. Wie schon 2007 wird die AGSNRW auch in diesem Jahr das Rahmenprogramm mitgestalten.

NRWSPD (1) KOMMUNALPOLITISCHES GESPRÄCH DES SPD-LANDESVERBANDES

Am 21. Januar findet in der Düsseldorfer Parteizentrale der NRWSPD ein „Kommunalpolitisches Gespräch“ des Landesverbands statt. Die AGSNRW wird durch Ihren Vorsitzenden Gerhard Teulings vertreten sein.

NRWSPD (2) ARBEITSGRUPPE „MEHR UND GUTE ARBEIT“ DES SPD-LANDESVORSTANDS

Am 28. Januar tagt in der Düsseldorfer Parteizentrale die Arbeitsgruppe „Mehr und gute Arbeit“ des Landesvorstands der NRWSPD. Auch in dieser Arbeitsgruppe ist die AGSNRW durch Ihren Vorsitzenden vertreten.

AUSSTELLUNG GESCHICHTE VON SPD UND GEWERKSCHAFTEN

Die „Geschichte von SPD und Gewerkschaften“ ist Thema einer Ausstellung in Gelsenkirchen, die dort gemeinsam von der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert wird. Die Auftaktveranstaltung findet am 7. Januar um 19 Uhr im Bildungszentrum der Stadt Gelsenkirchen statt. Referenten: u. a. Dr. Karsten Rudolph, MdL, Stellv. Landesvorsitzender der NRWSPD. Öffnungszeiten: Mo. bis Fr. 9 – 18 Uhr, Sa. 10 – 13 Uhr. Weitere Infos: Tel. 0209 / 17 99 10.

GESCHICHTE DES BERGBAUS VEREIN „KULTURGUT BERGBAU“

Die Geschichte des Bergbaus ist Thema eines neuen Vereins im Revier: „Kulturgut Bergbau“ hat sich in Gelsenkirchen gegründet. Zu Zweck und Zielen des Vereins stehen Kontaktadressen über die Redaktion der **AGS:NACHRICHTEN** zur Verfügung. Zum Vorstand des Vereins gehört u. a. der Schalke-Ehrenpräsident Gerhard Rehberg. Vorsitzender ist Axel Barton, SPD-Stadtverordneter in Gelsenkirchen.

WAHLKÄMPFE 2009 / 2010 ERSTE GELSENKIRCHENER PLANUNGS- GRUPPE ZUR KOMMUNALWAHL 2009

Der SPD-Ortsverein Erle-Nord in Gelsenkirchen hat bereits eine Planungsgruppe eingesetzt, die sich ab sofort mit den Vorbereitungen zum Kommunalwahlkampf 2009 befasst. Ortsvereine, die in diesem Zusammenhang an einer Kooperation oder einem Ideenaustausch interessiert sind, können sich per E-Mail wenden an teulings1@gelsenet.de.

POWERPOINT-VORTRAG DIENSTLEISTUNGSANGEBOT DER AGENTUR FÜR ARBEIT RECKLINGHAUSEN

Die Powerpoint-Präsentation, die den Vortrag von Frau Neese (Agentur für Arbeit) anlässlich der letzten Landesvorstandssitzung der AGSNRW in Recklinghausen zusammenfasst, kann jetzt per E-Mail an henke@agsnrw.de angefordert werden.

ENERGETISCHE GEBÄUDESANIERUNG JOURNALISTINNEN UND JOURNALISTEN DES HANDWERKS INFORMIERTEN SICH

Traditionell fand kurz vor Jahresende das Treffen der Handwerkspresse mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung in Berlin statt. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung lud gemeinsam mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks rund 30 Journalistinnen und Journalisten in die Bundeshauptstadt ein.

Ein zentrales Thema des Workshops war die Energie- und Klimapolitik unter dem Gesichtspunkt der energetischen Gebäudesanierung.

Energetische Gebäudesanierung: Ein Beitrag zur Energie- und Klimapolitik

Der Energieverbrauch nimmt weltweit zu. Der Mensch stößt jährlich 30 Mrd. Tonnen CO₂ aus, mit dramatischen Folgen für unser Klima. Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas werden immer knappere Güter, deren Preise stetig steigen. Diese Entwicklungen haben für alle Konsequenzen: Für die Wirtschaft und für Bürgerinnen und Bürger. „Es ist höchste Zeit, gegenzusteuern. Eine warme Wohnung oder eine Tankfüllung darf nicht zum Luxusgut werden“, so der Staatssekretär des Bundesbauministeriums Lütke-Daldrup. Er informierte beim Workshop vor allem über Erfolge und Perspektiven der energetischen Gebäudesanierung.

Bundesregierung hilft beim Sparen

Der Gebäudesektor ist bei den Einsparzielen nicht zu unterschätzen: Dort entstehen fast 20 % aller CO₂-Emissionen. In Deutschland gibt es 17,3 Mio. Wohngebäude mit ungefähr 39 Mio. Wohnungen. Drei Viertel der Wohngebäude haben ein erhebliches Einsparpotenzial, unterstreicht Lütke-Daldrup.

Die Bundesregierung stellt insgesamt 5,6 Mrd. Euro für die energetische Gebäudesanierung bereit (von 2006 bis 2009). Mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm werden Energiesparmaßnahmen in einem Umfang wie noch nie zuvor gefördert. Das Programm ist ein Erfolg. Insgesamt wurden 2006 mehr als 180.000 Förderdarlehen über 9,6 Mrd. Euro zu-

gesagt. Allein 265.000 Wohnungen wurden energetisch saniert – das schuf Investitionen in Höhe von 11 Mrd. Euro. Neben positiven Wachstumsimpulsen und einem gesteigerten Auftragsvolumen in der Bau- und Handwerksbranche konnten 1 Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden.

Programm ist dreifach erfolgreich

Mit dem Programm gibt die Bundesregierung Impulse für Energieeffizienz und Klimaschutz. Das Programm ist erfolgreich: Es verbessert die Wohnqualität, schafft Arbeitsplätze und schützt die Umwelt. Jede in den Gebäudebestand investierte Milliarde Euro sichert oder schafft rund 25.000 Arbeitsplätze, den größten Teil davon im Baugewerbe und im Handwerk. Experten rechnen mit einem Investitionsbedarf von bis zu 40 Mrd. Euro.


„Qualität und Energieeffizienz sind die zentralen Themen der Zukunft“, so der Staatssekretär. „Die Bundesregierung unterstützt Energiesparmaßnahmen an Gebäuden wie nie zuvor: unter anderem mit dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, steuerlichen Vergünstigungen und Maßnahmen an bundeseigenen Gebäuden. Die Nachfrage nach energieeffizienten Gebäuden am Immobilienmarkt wird steigen, also muss verstärkt saniert werden – zum Nutzen des Handwerks.“

Energieproduktivität in Deutschland verdoppeln

Bis zum Jahr 2020 soll die Energieproduktivität in Deutschland auf das Doppelte steigen. Vergleichspunkt ist das Jahr 1990. Dazu werden 25 bis 30 % der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien erbracht. Beim Wärmeverbrauch in Gebäuden soll ein Anteil von 14 % aus erneuerbaren Energien kommen. CO₂-Emissionen sollen um 40 % im Vergleich zu 1990 gesenkt werden.

Zuschüsse für Energieberatungen

(siehe dazu auch Seite 8)

Besonders kleine und mittlere Unternehmen könnten Kosten sparen, wenn sie ihre Energiesparpotentiale besser nutzen würden. Der neue „Sonderfonds Energieeffizienz in KMU“ will über betriebliche Energieeinsparmöglichkeiten informieren und Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz initiieren – mit Beratungszuschüssen und Krediten. 

STUDIE VON KfW UND WIRTSCHAFTSVERBÄNDEN ERNEUT VERBESSERTER FINANZIERUNGS- BEDINGUNGEN

Der Kreditzugang für mittelständische Unternehmen in Deutschland hat sich weiter verbessert. Das ist das zentrale Ergebnis der diesjährigen Unternehmensbefragung, die die KfW Bankengruppe in Zusammenarbeit mit 26 Fach- und Regionalverbänden der Wirtschaft durchgeführt hat.

Für 16 % der befragten Unternehmen haben sich die Finanzierungsbedingungen deutlich verbessert. Das ist der höchste Wert seit der ersten gemeinsamen Studie im Jahr 2001. Gleichzeitig ist auch der Anteil derjenigen Unternehmen, die über eine Verschlechterung des Finanzierungsklimas klagen, auf den niedrigsten Wert seit 2001 gesunken, von 33 auf 22 %. Besonders erfreulich: Erstmals melden auch deutlich weniger kleine Unternehmen mit einem Jahresumsatz unter 1 Mio. €, dass für sie die Kreditaufnahme schwieriger geworden sei.

„Die positive Entwicklung gerade bei den kleinen Unternehmen darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Gruppe weiterhin die mit Abstand größten Probleme hat. Kleine Unternehmen klagen weiterhin überdurchschnittlich häufig über Verschlechterungen beim Kreditzugang“, sagte Ingrid Matthäus-Maier, Sprecherin des Vorstands der KfW Bankengruppe. <

BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE WEITER GEFÖRDERT SOZIALABGABENFREIHEIT VERLÄNGERT

Auch in Zukunft können Arbeitnehmer Teile ihres Einkommens zur betrieblichen Altersvorsorge steuer- und abgabenfrei ansparen.

Die Sozialabgabenfreiheit der sogenannten Entgeltumwandlung war bisher auf Ende 2008 befristet, nun wird diese staatliche Förderung auch danach weitergehen. Millionen von Beschäftigten haben die Entgeltumwandlung in den vergangenen Jahren bereits für ihre zusätzliche Altersvorsorge genutzt.

> Mehr zur betrieblichen Altersvorsorge

DIHK-STUDIE ZUM FACHKRÄFTEMANGEL KLUGE KÖPFE – VERGEBLICH GESUCHT

Ein Drittel der Unternehmen in Deutschland kann derzeit offene Stellen zumindest teilweise nicht besetzen – doppelt so viele wie im Herbst 2005. Das zeigt eine aktuelle DIHK-Umfrage.

„Deutschland gehen dabei vor allem Techniker aus“, erläuterte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben, der die Erhebung „Kluge Köpfe – vergeblich gesucht!“ in Berlin vorstellte. Der Umfrage liegen knapp 20.000 Unternehmensantworten zugrunde. Auf Grundlage der Ergebnisse schätzt der DIHK, dass der deutschen Wirtschaft derzeit – auf das Gesamtjahr 2007 gerechnet – rund 400.000 Fachkräfte fehlen; mit immensem volkswirtschaftlichen Schaden: „23 Mrd. Euro Wertschöpfungsverzicht bedeuten in diesem Jahr rein rechnerisch einen Wachstumsverlust von einem Prozentpunkt“, führte Wansleben in Berlin aus. Zudem gerate Deutschland auch im EU-Wettbewerb um die besten Fach- und Führungskräfte zunehmend ins Hintertreffen. „Das können wir uns nicht leisten“, warnte der DIHK-Hauptgeschäftsführer. Der Aufbau von Produktionsstätten und die Investition in Arbeitsplätze lohnten sich immer weniger, wenn qualifiziertes Personal fehle.

Die DIHK-Umfrage verdeutlicht zudem, dass exportstarke Industriezweige vom Fachkräftemangel besonders betroffen sind. Im Maschinenbau beispielsweise haben fast zwei Drittel der Betriebe Schwierigkeiten, geeignete Kandidaten für ihre offenen Stellen zu finden. Kaum geringer sind die Probleme in der Medizin- und Elektrotechnik, im Kraftfahrzeugbau und in der Pharmazie. Nachdem die aktuelle Konjunktur gerade von den Erfolgen der deutschen Exportindustrie getragen werde, stelle sich der Mangel an qualifiziertem Personal damit als „eine zentrale Wachstumsbremse in Deutschland“ dar.

„Um Fachkräftemangel zu begegnen, helfen sich die Unternehmen zu einem großen Teil selbst“, berichtete Wansleben unter Verweis auf die guten Ausbildungszahlen. Zudem wollten die Betriebe noch intensiver als bisher den Erfahrungsschatz älterer Arbeitnehmer nutzen. Alles in allem gelte es aber auch, sich offensiver als bisher dem internationalen Wettstreit um qualifizierte Fachkräfte zu stellen. <

REINHARD SCHULTZ, MdB:**DAS POTENTIAL AN FACHKRÄFTEN IN DEUTSCHLAND NUTZEN – ANSTATT DUMPING-WETTBEWERB ZUZULASSEN**

Reinhard Schultz, MdB

Zur Deckung des Fachkräftebedarfs in Deutschland und einer möglichen Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Arbeitskräfte aus osteuropäischen EU-Mitgliedsländern vor 2009 äußert sich der Mittelstandsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Handel, Gewerbe und Industrie, Reinhard Schultz:

Der Fachkräftemangel in Deutschland wird immer offensichtlicher. Er ist zum einen die Folge mangelhafter Anstrengungen auf dem Gebiet der beruflichen Aus- und Weiterbildung vor allem in Teilen der Industrie und den neuen Dienstleistungsbranchen. Er ist zum anderen Folge nachlassender Bemühungen der Bundesländer, die Zahl der Hochschulabsolventen zu erhöhen. Er ist auch Ergebnis mangelhafter Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die immer noch viele gut ausgebildete Frauen von der Berufstätigkeit ausschließt. Und er ist Resultat einer Unternehmenspolitik, in der die Frühverrentung von Fachleuten entgegen aller demografischen Vernunft immer noch auf der Tagesordnung steht.

Aber in den vielfältigen Gründen für den Fachkräftemangel liegt auch die Lösung des Problems. Alle Anstrengungen sind gerechtfertigt, jungen Menschen zum Schulabschluss und einer Berufsausbildung zu verhelfen. Anstatt dogmatisch Verantwortungen hin- und her zu schieben, sollte besser ein Teil der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zur Förderung von betrieblicher Ausbildung eingesetzt werden. Es ist schon geradezu frevelhaft, dass Unternehmen die Mittel für Fort- und Weiterbildungen bei der Bundesanstalt für Arbeit nicht abrufen. Es ist Aufgabe der Wirtschaft selbst, das Potential an Arbeitskräften im eigenen Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt zu mobilisieren. Der Staat und die Bundesanstalt helfen gern und stellen die notwendigen Mittel bereit.

Das Tempo zur Herstellung einer zuverlässigen Betreuung für Kleinkinder und zur Einrichtung von Ganztagschulen muss erheblich gesteigert werden. Da müssen Bund und Länder eine Schippe drauf legen. DIHK-Präsident Braun ist zuzustimmen, wenn er für die Mobilisierung weiblicher Fachkräfte eine zuverlässige Betreuungsstruktur zur Voraussetzung erklärt. Bis es soweit ist, sollten die Unternehmen aber allein oder im Verbund ihrerseits Angebote schaffen oder die Einrichtung von Angeboten unterstützen. Ein familienfreundlicher Betrieb hat nachweislich weniger Probleme mit einem Fachkräftemangel.

Und letztendlich erkennen immer mehr Unternehmen den Wert älterer und erfahrener Mitarbeiter. Immer mehr leistungsfähige Rentner arbeiten im Rahmen ihrer Hinzuverdienstgrenzen wieder für ihre ehemaligen Arbeitgeber. Warum arbeiten sie nicht von vorn herein länger?

Die Antwort auf den Fachkräftemangel ist nicht die Öffnung der Grenzen, auch nicht die Herstellung einer vorfristigen Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt für EU-Bürger aus Osteuropa. Damit würde ein Ventil geöffnet und alle anderen notwendigen Anstrengungen würden unterlaufen. Längst sind nicht alle Absichten umgesetzt, Lohn- und Sozialdumping und damit auch Dumping-Wettbewerb zwischen Unternehmen zu Lasten der Arbeitnehmer zu verhindern. Die Debatte um den Mindestlohn zeigt das deutlich.

Auch die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie ist nicht abgeschlossen. Es geht Befürwortern der vorzeitigen Öffnung der Grenzen auch nicht um eine verantwortliche Lösung des Fachkräfteproblems. Es geht ihnen darum, an billige Arbeitskräfte zu kommen. Im Interesse des deutschen Mittelstandes liegt es gerade nicht, dass die in Deutschland vorhandenen Fachkräfte weiter vernachlässigt werden und gleichzeitig einer erheblichen Wettbewerbsverzerrung Tür und Tor geöffnet wird. <

INFORMIEREN, AUSTAUSCHEN, DABEISEIN INFOBÖRSEN FÜR FRAUEN

Unter dem Motto „Informieren, Austauschen, dabei sein“ fördert das Bundesfamilienministerium lokale Informationsveranstaltungen, auf denen Frauen und Mädchen Erfahrungen austauschen und sich über Beratungsangebote informieren können.

Zu den Themen auf den Infobörsen gehört auch die Frage nach der richtigen Altersvorsorge. In diesem Jahr sind bundesweit rund 80 Infobörsen für Frauen geplant. Alle Termine und weiterführende Informationen:

> www.infoboersen-fuer-frauen.de

KOMMUNALES WAHLRECHT

MIGRANTEN, DIE LANGE IN DEUTSCHLAND LEBEN, SOLLEN IHRE KOMMUNALE STIMME ABGEBEN KÖNNEN

Der Landesvorstand der SPD unterstützt die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für alle lange bereits legal in Deutschland lebenden Nicht-Deutschen. Der Landesvorstand der SPD stellt sich damit hinter die gemeinsame Aktion von LAGA, DGB, Landesjugendring, AWO, Caritas, Paritätischem Wohlfahrtsverband, DRK, Jüdischen Gemeinden und dem Diakonischen Werk.

> www.laga-nrw.de

TERMINE

Montag, 07.01.08, 19:00 Uhr

**Auftaktveranstaltung/Eröffnung der Ausstellung
„Geschichte von SPD und Gewerkschaften“**

Weitere Details: s. Seite 2

Bildungszentrum der Stadt Gelsenkirchen,
Ebertstraße 19

Sonntag, 13.01.08, ab 10:30 Uhr

„Frauen-Frühstück“ im UB Steinfurt

Thema: „Das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle – Rückschau und Perspektiven“. Anmeldung per Telefon (05971 / 577 66) oder E-Mail an veronika.nolte.nrw@spd.de.

Hotel Wefers, Emsstr. 19, Emsdetten

Donnerstag, 17.01.08, 09:30 – 17:30 Uhr

Kongress „Innenstadt auf dem Prüfstand“

Der Kongress thematisiert Anforderungen an eine integrierte Förderpolitik für Innenstädte und Stadtteilzentren im Kontext nationaler und europäischer Stadtpolitik. Die Konzentration der Förderpolitik auf integrierte Stadtentwicklungsprojekte erfordert die Verknüpfung investiver baulicher Maßnahmen mit Steuerungsinstrumenten wie Leerstandsmanagement, Stadtmarketing sowie Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG).

> Infos/Anmeldung: www.agsnrw.de/termine.htm
Depot e.V., Immermannstr. 39, 44147 Dortmund

Dienstag, 22.01.08, 19:30 Uhr

Projektgruppe „Internet“ in Steinfurt

Die Projektgruppe „Internet“ beschäftigt sich mit den Themen „E-Mail, Internet, Audio und Video: Gute Kampagnen planen und umsetzen“.

Hotel „Dahms Hoff“, Marktstr. 31, Saerbeck

Mittwoch, 23.01.08, 18:00 Uhr

Vorstandssitzung der AGS Gelsenkirchen

Der UB-Vorstand der AGS Gelsenkirchen lädt zur nächsten parteiöffentlichen Vorstandssitzung ein. Thema: „BEST AGER – der Beschäftigungspakt für Ältere im Revier (Gelsenkirchen, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Recklinghausen). Zu Gast: GAFÖG-Geschäftsführer Dr. Stefan Lob.

GAFÖG, Emscherstraße 66, 45891 Gelsenkirchen

Donnerstag, 31.01.08, 16:00 – 19:00 Uhr

**Wintersymposium „Gesellschaftlicher Wandel
und Zukunft des Alterns“**

Der demographische Wandel spielt für das Ruhrgebiet eine herausragende Rolle und wird die Entwicklungspotentiale unserer Region nachhaltig verändern. Sind wir in der Lage, mit diesen Veränderungen Schritt zu halten? Wie sehen unsere Perspektiven aus? Über neue Wege und Möglichkeiten der demographischen Herausforderung wollen wir diskutieren.

> Infos/Anmeldung: www.agsnrw.de/termine.htm
Wissenschaftspark GE, Institut Arbeit und Technik,
Munscheidstr. 14, 45886 Gelsenkirchen

Weitere Infos unter www.agsnrw.de/termine.htm

KURZ NOTIERT

Neues KfW-Startgeld: Finanzierung aus einer Hand für Gründer

Die KfW-Bankengruppe reformiert zu Beginn kommenden Jahres ihre Leistungen. MittelstandDirekt hat das neue KfW-Startgeld unter die Lupe genommen. Hier finden Sie alle wichtigen Hinweise zu Förderbedingungen, Antragsstellung und Tilgung.

>>> mehr

Innovation: Sechs häufige Fehler beim Brainstorming

Brainstormings sind die Basis für die Innovationskraft eines Unternehmens – wenn das Team weiß, wie Brainstormings richtig durchgeführt werden.

>>> mehr

Unternehmenssteuer-Reform: Wie Firmen dieses Jahr richtig reagieren

Die Unternehmenssteuer-Reform soll Unternehmen entlasten. Davon profitieren nicht nur große Kapital-Gesellschaften. Melanie Bär, Steuer-Expertin bei der IHK Stuttgart, gibt Tipps, wie sich kleine und mittelständische Unternehmen auf die Neuerungen einstellen können.

>>> mehr

Statistik: Gründungen als Nebenerwerb liegen im Trend

Immer mehr Arbeitnehmer machen sich zusätzlich zu einer Erwerbstätigkeit selbständig.

>>> mehr

Kleinstunternehmen: Kündigung bei langem Arbeitsausfall

Mitarbeiter darf gekündigt werden, wenn sie sehr lange nicht zur Arbeit kommen.

>>> mehr

KfW Bankengruppe Umweltbank Nummer eins

Neben der Förderung des Mittelstands ist der Klimaschutz eines der Hauptziele der KfW Bankengruppe. Im vergangenen Jahr betrug das Zusagenvolumen für Umwelt- und Klimaschutzvorhaben 16,2 Milliarden Euro.

>>> mehr

Neues Förderangebot ab September 2007 – Kredite und Zuschüsse für umweltfreundliche LKW

Die KfW Förderbank fördert die Anschaffung emissionsarmer schwerer Nutzfahrzeuge, die für den Güterkraftverkehr bestimmt sind.

>>> mehr

Wettbewerb: 30.000 Euro für die besten Gründer

Der Wettbewerb „Top-Gründer im Handwerk“ sucht innovative Existenzgründer aus dem Handwerk.

>>> mehr

Umfrage: Mittelständler glauben nicht an Unternehmenssteuerreform

Nur knapp ein Zehntel der Mittelständler glaubt, dass deutsche Unternehmen von der Reform der Unternehmenssteuer 2008 profitieren werden.

>>> mehr

Sozialversicherungs-Änderungsgesetz: Sozialversicherung bald einfacher zu handhaben

Der Bundesrat hat einem Gesetz zugestimmt, das es Unternehmern erleichtert, mit der Sozialversicherung zusammenzuarbeiten.

>>> mehr

Förderung: Bis zu 7.500 € für Messebeteiligungen

Der Bund übernimmt bis zu 80 Prozent der Kosten, die kleinen Unternehmen durch eine Messebeteiligung entstehen.

>>> mehr

Altersvorsorge-Check

Wie gut kennen Sie sich aus in Sachen Altersvorsorge? Testen Sie Ihr Wissen – mit unserem Check.

>>> mehr

Steuern und Rente – wer zahlt wieviel?

Wer Rente bekommt, muss seit jeher einen Teil davon versteuern. Aber das gilt nicht für alle Renten in gleichem Maße. Ob gesetzliche Rente, Betriebsrente, Riester, Rürup oder private Rentenversicherung – so vielfältig die Möglichkeiten zur Altersvorsorge sind, so unterschiedlich ist deren Besteuerung.

>>> mehr

JOACHIM POSS, MdB:
**MINDESTLÖHNE UND HÖHE VON
MANAGERGehÄLTERN SIND ZWEI
SEITEN EINER MEDAILLE**



Joachim Poss, MdB

Joachim Poß, Gelsenkirchener Bundestagsabgeordneter, wurde vom SPD-Bundespräsidium zum Leiter der SPD-Arbeitsgruppe „Angemessenheit und Transparenz von Managerbezahlungen“ berufen. Anlässlich dieser Berufung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion:

Bei der heute eingesetzten Arbeitsgruppe geht es nicht darum, eine Neiddebatte gegen Manager zu führen. Es geht um die Frage, wie die berechtigten Positionen und Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bei der Festsetzung von Managerbezügen berücksichtigt werden können.

Arbeitnehmer von Aktiengesellschaften haben zu Recht kein Verständnis dafür, wenn von Ihnen Lohnzurückhaltung gefordert wird, während gleichzeitig die Vergütungen und Aktienoptionen einiger Vorstandsmitglieder in schwindelerregende Höhen klettern.

Außerdem ist es weder im Interesse der Kleinaktiönäre noch der Steuerzahler, wenn erst Millionenbeträge aus Unternehmensgewinnen an einzelne Manager ausgereicht werden, um die Beträge danach vom Unternehmensgewinn steuermindernd abzuziehen.

Es geht in der Arbeitsgruppe auch um Leistungsgerechtigkeit: Natürlich soll jemand, der mehr leistet, auch mehr verdienen. Aber es ist schwer vorstellbar, dass ein Einzelner das 50- oder gar das 100-fache eines normalen Angestellten leistet. Wer sich der Diskussion über dieses Problem verweigert, verschließt die Augen vor einem gesellschaftlichen Problem: Wer einerseits Armutslohne für viele Arbeitnehmer tatenlos hinnimmt und andererseits Millionengehälter für einige Manager verteidigt, untergräbt langfristig unser Wirtschaftssystem! <

**SONDERFONDS ENERGIEEFFIZIENZ
KMU: ZUSCHÜSSE FÜR ENERGIEBERATUNGEN**

Anfang 2008 starten das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und die KfW Förderbank den „Sonderfonds Energieeffizienz in KMU“, ein Programm, mit dem die Steigerung der Energieeffizienz von kleinen und mittleren Unternehmen gezielt gefördert wird.

Die Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen kann mit zinsgünstigen Krediten aus dem ERP-Energieeffizienzprogramm finanziert werden. Gefördert werden Maßnahmen, die eine Energieeinsparung von mindestens 15 % bzw. 20 % erzielen. Mitfinanziert werden bis zu 100 % der förderfähigen Investitionskosten, maximal 10 Mio. €. Ergänzend ist auch eine Komponente zur Förderung von Beratungsleistungen geplant. Mit der Gewährung von Zuschüssen in Höhe von maximal 80 % für die Durchführung unabhängiger und qualifizierter Energieberatungen sollen Informationsdefizite über betriebliche Energieeinsparpotenziale bei kleinen und mittleren Unternehmen abgebaut werden.

Grundlage für einen Einsatz als Energieberater/-in ist die Eintragung des eigenen Profils in die KfW-Beraterbörse unter www.kfw-beraterboerse.de. <

**IGA-BAROMETER 2007
MITARBEITER IN KLEINEN BETRIEBEN SIND
ZUFRIEDENER**

Beschäftigte kleinerer Unternehmen sind häufiger der Meinung, dass ihre Arbeit sie fit hält und ihre Leistung anerkannt wird. Rund ein Drittel der männlichen und fast die Hälfte der weiblichen Beschäftigten in kleinen Unternehmen gaben an, dort Anerkennung zu finden. In Großunternehmen sahen dies nur 19 % der Männer und 26 % der Frauen so. <

Bis zur nächsten Ausgabe,

Gerhard Teulings
AGS-Landesvorsitzender